

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Martina Machulla (CDU)

Wie stellt sich die Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr bei Streiks dar?

Anfrage der Abgeordneten Martina Machulla (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 25.06.2026

Der von der Gewerkschaft ver.di organisierte Warnstreik im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) am 20. und 21. April 2026 führte in Hannover sowie weiteren Teilen Niedersachsens zu Einschränkungen bis hin zu einem weitgehenden Stillstand des Nahverkehrs. Betroffen waren u. a. Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler sowie Besucher der zeitgleich stattfindenden Hannover Messe.¹

Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen zur Aufrechterhaltung des ÖPNV als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge in Zeiten tariflicher Auseinandersetzungen sowie zu dessen organisatorischer Ausgestaltung unter solchen Rahmenbedingungen:

1. Liegen der Landesregierung gegebenenfalls konkrete Erkenntnisse über die Auswirkungen des Warnstreiks am 20. und 21. April 2026 auf die Mobilität der Bevölkerung in Niedersachsen, insbesondere auf den Schülerverkehr sowie auf Pendlerströme in den betroffenen Regionen, vor? Falls ja, welche?
2. Sind der Landesregierung Auswirkungen des Streiks am 20. und 21. April 2026 auf die Durchführung und Erreichbarkeit der Hannover Messe sowie auf den Wirtschaftsstandort Niedersachsen insgesamt bekannt? Falls ja, welche?
3. Inwieweit wird der ÖPNV aus Sicht der Landesregierung als Teil der kritischen Infrastruktur bzw. der öffentlichen Daseinsvorsorge eingeordnet?
4. Bestehen derzeit rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, um im Falle von Arbeitskämpfen im ÖPNV eine Mindestversorgung der Bevölkerung sicherzustellen? Falls ja, welche?
5. In welchem Umfang werden gegebenenfalls bestehende Möglichkeiten zur Sicherstellung eines Grundangebots im ÖPNV während Streiks nach Kenntnis der Landesregierung genutzt?
6. Sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung dieser Rahmenbedingungen, insbesondere mit Blick auf die Gewährleistung eines Grundangebots?
7. Welche Gespräche hat die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Warnstreik gegebenenfalls mit den beteiligten Tarifparteien geführt oder initiiert?
8. Zieht die Landesregierung gegebenenfalls Schlussfolgerungen aus den Ereignissen für die zukünftige Ausgestaltung eines verlässlichen und resilienten ÖPNV in Niedersachsen? Falls ja, welche?

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/warnstreik-in-niedersachsen-dauert-an-staus-und-volle-s-bahnen,warnstreik-382.html>.